

9
75

Union in Deutschland

Bonn, den 27. Februar 1975

Rechtssicherheit wiederhergestellt

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die von der Bundesregierung durchgesetzte Neufassung des § 218 auf der Grundlage der sogenannten Fristenregelung schafft die notwendige verfassungsrechtliche Klarheit und stellt die Rechtssicherheit für alle Bürger wieder her. Das stellen Dr. Helmut Kohl und Franz Josef Strauß in einer gemeinsamen Erklärung fest.

Die Union hat der Koalition sehr frühzeitig die verfassungsrechtliche Bedenklichkeit der Fristenregelung vorgehalten und eindringlich davor gewarnt, dieses Gesetz, das tief in die Gewissensentscheidung jedes einzelnen eingreift, mit kleinster Mehrheit zu verabschieden. Das Urteil muß jetzt uneingeschränkt respektiert werden. Die Mehrheit im Deutschen Bundestag muß zur Kenntnis nehmen, daß ihr Vorschlag zur Neuregelung des § 218 mit dem in unserer Verfassung verankerten Schutz des menschlichen Lebens nicht übereinstimmt.

Die mit der Änderung des § 218 verbundenen Probleme sind zu ernst und die menschlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen sind zu schwerwiegend, um in die parteipolitische Polemik hineingezogen zu werden. Das Urteil

(Fortsetzung Seite 2)

■ CDU

Der Bundesvorstand beschloß eine vorläufige Tagesordnung für den Bundesparteitag, der Bundesfinanzausschuß legte einen Vorschlag für eine neue Beitragsordnung vor.

Seite 5

■ SPD

Gegen die von der SPD gegen die Union angewandte Verleumdungstaktik unter dem Motto der angeblichen Regierungsunfähigkeit der CDU/CSU setzt sich Fraktionsvorsitzender Carstens scharf zur Wehr.

Seite 6

■ BUNDES- REGIERUNG

Zum Jahreswirtschaftsbericht der SPD/FDP-Regierung stellte F. J. Strauß fest: Alles was die Regierung erreichen wollte, hat sie verfehlt; alles was sie vermeiden wollte, hat sie erreicht.

Seite 7—8

■ REFORMEN

Der Planungsstab der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zur Problematik der Sozialpolitik in der Wirtschaftskrise eine Analyse ausgearbeitet.

Dokumentation

■ INFORMATIONEN

Kommission für Strategiepapier

Der Bundesvorstand der CDU hat nach der Klausurtagung am 24. Februar 1975 über die politische Strategie der Partei eine Kommission berufen, die für die Vorstandssitzung vom 12. Mai den Inhalt der Aussprache analysieren und in das Strategiepapier einbringen soll. Dieses — in seiner ersten Fassung gestern vom Bundesvorstand behandelte — Papier wird nach der neuerlichen Erörterung durch die Parteispitze dann dem Bundesparteitag in Mannheim vorgelegt. Der Kommission gehören unter der Leitung des CDU-Generalsekretärs, Professor Kurt H. Biedenkopf, der Mainzer Sozialminister Heinrich Geißler, die Bundestagsabgeordneten Richard von Weizsäcker und Alfred Dregger, die niedersächsische Landtagsabgeordnete Ernst Albrecht und der Vorsitzende der

Jungen Union, Matthias Wissmann, an. Der Generalsekretär der CDU, Professor Kurt H. Biedenkopf, erklärte im Rahmen dieser Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands in Eichholz bei Bonn, daß es bei der getroffenen Vereinbarung über die Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union für den Zeitraum Ende Mai/Anfang Juni bleibe.

Wieder auf Kosten der sozial Schwächeren

Der Ausschuß für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen hat den Gesetzentwurf zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau abschließend beraten. Dazu erklärt der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Friedrich-Adolf Jahn/Münster in einer ersten Stellungnahme:

Mit dem Gesetzentwurf verabschieden sich SPD und FDP von der bisherigen Zielstrebung des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, privates Eigentum breit zu

(Fortsetzung von Seite 1)

schaft jetzt die Möglichkeit, die Diskussion über Änderungen des § 218 auf eine neue und gemeinsam getragene Grundlage zu stellen. Unser Ziel war und ist es, für die Lösung der hiermit verbundenen Probleme eine breite parlamentarische Mehrheit zu finden.

Um dieses von der überwiegenden Mehrheit unserer Mitbürger gewünschte Ziel zu erreichen, sollten Bundesregierung und Koalitionsparteien ihre Bereitschaft erklären, mit uns verfassungskonforme Regelungen für Konfliktsituationen zu suchen, in die schwangere Frauen gelangen können.

Gleichzeitig fordern wir alle auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die-

sem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts gebührenden Respekt zu verschaffen. Urteil- und Richterschelte sowie Demonstrationen gegen das höchste deutsche Gericht zeugen von mangelnder demokratischer Gesinnung und stellen ein bedenkliches Anzeichen für den Verfall rechtsstaatlichen Denkens dar.

Eine Fortsetzung der bereits vor der Verkündung erfolgten Abwertung des Urteils würde nicht nur das Ansehen des Verfassungsgerichts auf eine unerträgliche Weise beeinträchtigen, sie würde auch die notwendigen Bemühungen über tragfähige und verfassungsrechtlich gesicherte Lösungen erschweren.

streuen. Die CDU/CSU hat gleichwohl durchgesetzt, daß künftig mehr als 50 % der öffentlichen Mittel für Eigenheime und Eigentumswohnungen verwandt werden. Der herkömmliche Mietwohnungsbau wird von SPD und FDP durch den sogenannten Wohnbesitzbrief vom Markt verdrängt. Das gesellschaftspolitische Motiv ist offenkundig:

Öffentliche Mittel für den Mietwohnungsbau künftig vorrangig in die Hand der Baugesellschaften! Der Wohnbesitzbrief ist ein Mittel zur Kapitalbeschaffung für die großen Wohnungsbaugesellschaften auf Kosten der sozial schwächer gestellten Bevölkerungsschichten, die sich ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung nicht leisten können. Die Bundesregierung ist bei den Beratungen nicht in der Lage gewesen, die gutachtlich geäußerten Bedenken gegen den Gesetzesentwurf auszuräumen.

Teure Bonner Vertretung in Ost-Berlin

Die Kosten der Ständigen Bonner Vertretung in Ost-Berlin sind auf Grund erhöhter Miet- und Postgebührenforderungen der „DDR“ erheblich gestiegen. Wie aus dem Haushaltsplan des Bundeskanzleramtes für 1975 hervorgeht, mußten während der parlamentarischen Ausschlußberatungen die Etatsätze der ständigen Vertretung für Post- und Fernmeldegebühren verdoppelt und die für Mieten vorgesehenen Beträge sogar vervierfacht werden.

DGB widerspricht Koalition

Das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) beurteilt sowohl die Wachstums- und Beschäftigungschancen als auch die Chancen

(Fortsetzung Seite 4)

STICHWORTE

Jeder Sechste

der in der Bundesrepublik 1973 Geborenen war nach der Staatsangehörigkeit ein ausländisches Kind.

Der Osthandel

inklusive der mit der DDR nimmt im Vergleich zum bundesdeutschen Gesamt- außenhandelsvolumen 7,5 Prozent ein.

Übertroffen hat

die Bundesrepublik dieses Jahr zum erstenmal die USA im Pro-Kopf-Einkommen.

Über die Hälfte

aller Bundesbürger mögen die neuen 5-DM-Stücke nicht und bezeichnen sie als „Neue Rubel“, „Ostgeld“, „Inflationstünfer“ oder „SPD-Geld“. Ergebnis einer Wickert-Umfrage.

Für die Veröffentlichung

der an Deutschen bei der Vertreibung aus den Ostgebieten begangenen Verbrechen sprachen sich 55 %, dagegen 23 % der Bundesbürger aus.

Die meisten Arbeitslosen

hat die Bundesrepublik mit 1,154 Millionen, gefolgt von Italien mit 1,020 Millionen.

Heinrich Böll

hat einen Wahlkampf-Einsatz für die SPD abgelehnt: „Ich habe einfach keine Zeit, mich zu beteiligen. Ich muß arbeiten.“

(Fortsetzung von Seite 3)

zur Rückgewinnung eines höheren Maßes an Preisstabilität deutlich skeptischer als dies im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung erfolgt. Der Verlauf der Konjunkturindikatoren zeige, daß sich das konjunkturelle Klima zum Jahresende zunehmend verschlechtert habe, mit der Folge, daß die Ausgangslage für 1975 negativer zu bewerten sei als noch im Herbst 1974.

Das Gesamtergebnis für 1974 mache deutlich, daß der jahresdurchschnittliche Preisauftrieb zwar geringer war, als noch Anfang 1974 befürchtet wurde, daß aber dieser „Stabilitätsgewinn“ mit einem deutlichen Rückgang der realen Inlandsnachfrage und gleichzeitig einem überhöhten Außenbeitrag erkauft werden mußte.

Schafft einfachere Steuergesetze

In einem gemeinsamen Memorandum „Schafft endlich einfachere Steuergesetze“ appellieren der „Bund der Steuerzahler“ und der „Bund Deutscher Steuerbeamten“ gemeinsam an die Gesetzgebungsorgane, noch in dieser Legislaturperiode mit der Gesetzgebungsarbeit für eine echte Steuerreform zu beginnen, da sonst zu befürchten stehe, daß es frühestens 1980 zu notwendigen Vereinfachungen im Steuerdickicht kommen könne. Das aber sei nach Überzeugung beider Verbände zu spät.

Zu diesem Memorandum erklärt der Sprecher der CDU/CSU im Finanzausschuß des Bundestages, Dr. Häfele: Das Memorandum macht deutlich, daß die wenig geglückte Steuerreform weder für ein „Jahrhundert“, noch für ein Jahrzehnt, noch für Jahre Bestand haben kann. Die SPD/FDP-Regierung wäre

in den letzten Jahren klug gewesen, auf ähnliche rechtzeitige Mahnrufe der beiden Verbände zu hören.

Protest gegen Kündigung des Wissenschaftsrates

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich die Kündigung des Abkommens über den Wissenschaftsrat zurückzunehmen. Dieses Gremium hochqualifizierter Wissenschaftler habe in der Vergangenheit sehr nützliche Arbeit geleistet. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates z. B. zum Ausbau und zur Struktur der Hochschule hätten noch gravierendere Fehlentwicklungen im Hochschulbereich verhindert. Völlig unverständlich sei es, daß die Bundesregierung ein Junktim zwischen der Existenz von Wissenschaftsrat und Bildungsrat hergestellt habe. Es bestehe kein Grund, wegen der Meinungsverschiedenheit über die Fortführung des Bildungsrates die überall anerkannte Arbeit des Wissenschaftsrates zu torpedieren.

Verstärkte Ost-Rüstung als Druckmittel

Die wachsende militärische Macht der sozialistischen Staaten wird bei der weiteren Durchsetzung der Politik der „friedlichen Koexistenz ein Faktor von ausschlaggebender Bedeutung bleiben“, weil sie den „Spielraum der sozialistischen Außenpolitik“ erweitere, erklärte der stellvertretende DDR-Verteidigungsminister und Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee, Generaloberst Heinz Kessler, in der jüngsten Ausgabe der von der Ostberliner Militärführung herausgegebenen Zeitschrift „Militärwesen“.

23. BUNDESPARTEITAG IN MANNHEIM

Vorläufige Tagesordnung

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 24. 2. 1975 folgende vorläufige Tagesordnung für den 23. Bundesparteitag in Mannheim beschlossen:

1. Eröffnung
 2. Wahl des Tagungspräsidiums
 3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
 4. Beschlußfassung über die Verfahrensordnung
 5. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
 6. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 7. Wahl der Stimmzählkommission
 8. Grußworte
 9. Bericht des Parteivorsitzenden
 10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
 11. Bericht des Bundesschatzmeisters
 12. Bericht der Rechnungsprüfer
 13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
 14. Entlastung des Bundesvorstandes
 15. Neuwahl des Bundesvorstandes
 - 15.1 des Parteivorsitzenden
 - 15.2 der fünf Stellvertretenden Parteivorsitzenden
 - 15.3 des Bundesschatzmeisters
 - 15.4 der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes
 16. Neuwahl der Rechnungsprüfer
 17. Verabschiedung einer Geschäftsordnung für Bundesparteitage und Bundesaus-schuß (Antrag des Bundesvorstandes)
 18. Änderungen des Statuts der CDU (Antrag des Bundesvorstandes)
 19. Beitragsregelung (Antrag des Bundesvorstandes)
 20. Bericht des Generalsekretärs
 21. Vorlage des Bundesvorstandes zur politischen Strategie
 22. „Programm Frauen“ (Antrag des Bundesvorstandes)
 23. Sonstige Anträge
 24. Schlußrede des Parteivorsitzenden
- Der Parteitag wird am Montag, 23. Juni 1975, 9.30 Uhr, eröffnet und am Mittwoch, 25. Juni 1975, etwa gegen 13 Uhr schließen.

Vorschlag für neue Beitragsordnung

des Bundesfinanzausschusses vom 14. Februar 1975. Dem Bundesparteitag wird vorgeschlagen, folgende neue Beitragsregelung zu beschließen:

1. Jedes Mitglied der Partei hat regelmäßig einen Beitrag zu entrichten.
2. Die Höhe des monatlichen Beitrages ergibt sich im einzelnen durch Selbsteinschätzung des Mitgliedes nach seinem Einkommen.
3. Für die Selbsteinschätzung gilt folgende vom Bundesparteitag beschlossene Tabelle:

Nettoeinkommen	Beitrag
bis 1 500,— DM	5,— bis 8,— DM
1 500,— bis 3 000,— DM	8,— bis 30,— DM
3 000,— bis 6 000,— DM	30,— bis 100,— DM

Mitglieder mit höheren Monatseinkommen als 6 000,— DM zahlen entsprechend höhere Beiträge.
4. Für Hausfrauen, Schüler, Studenten, Bundeswehrsoldaten, die ihren Wehrdienst ableisten, Auszubildende, Arbeitslose und Rentner beträgt der Beitrag 3,— DM pro Monat.
5. Der Kreisverband kann in besonderen Fällen Mitgliedsbeiträge erlassen, ermäßigen oder stunden (§ 4 Abs. 2 der Finanz- und Beitragsordnung).
6. Diese Beitragsregelung tritt am 1. 1. 1976 in Kraft.

Bonn, den 14. Februar 1975

gez. Walther Leisler Kiep
 Bundesschatzmeister
 und
 Vorsitzender des
 Bundesfinanzausschusses

Anmerkung: Die derzeitige Aufteilung der Mitgliedsbeiträge zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei wird von dieser Beitragsregelung nicht berührt.

■ SPD

Die Verleumdung der Union ist Teil einer Doppelstrategie

„Die CDU ist regierungsunfähig.“ Mit dieser Attacke wollte Willy Brandt in Recklinghausen seine eigene Partei mobilisieren. Diese maßlose politische Entgleisung blieb jedoch keineswegs nur auf diesen Ort beschränkt. Brandt zieht mit dieser Verleumdung der CDU auch in die Landtagswahlkämpfe. Diese Verteufelung des politischen Gegners hat offenbar System. Dazu stellt der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Karl Carstens fest:

Die SPD betreibt eine Doppelstrategie, in der die Arbeitsteilung zwischen Kanzler Schmidt, und den Herren Brandt, Kühn und Wehner genau festgelegt ist. Schmidt identifiziert sich mit der Verunglimpfung des Gegners immer nur soweit, wie es ihm gerade opportun erscheint. Was den SPD-Vorsitzenden angeht, so muß man sich wundern, daß er sich anmaßt, ein Urteil darüber abzugeben, wer regierungsfähig ist: Vor weniger als einem Jahr hat ihn seine eigene Partei wegen der erwiesenen Unfähigkeit, die Regierungsgeschäfte zu bewältigen, abgelöst.

Immerhin stammt der Ausspruch „Der Regierung fehlt ein Kopf“ von einem der Stellvertreter des Herrn Brandt.

Als die CDU/CSU Ende 1969 die Regierungsgeschäfte an SPD und FDP übergab,

- wies der Bundeshaushalt einen Überschuß von 1,7 Mrd. DM aus,

- lag die Arbeitslosigkeit unter 1 %,
- betrug die Preissteigerungen weniger als 2 %,
- war das Bruttosozialprodukt im Jahre 1969 real um 8 % gewachsen.

Heute

- weist der Bundeshaushalt 1975 ein Defizit von 22 Mrd. DM aus,
- übersteigt die Arbeitslosigkeit 5 %, wozu noch 4 % Kurzarbeiter hinzuzurechnen sind,
- liegt die Preissteigerungsrate bei 7 %,
- war der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts in der zweiten Hälfte des Jahres 1974 negativ (0,4 %).

Aus diesen Zahlen geht unzweideutig hervor, wer eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik getrieben hat und wer auf diesem Gebiet versagt hat. Hauptverantwortlicher für die Fehler im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist der jetzige Bundeskanzler und frühere Finanzminister Schmidt.

Angesichts der Tatsache, daß ihnen die Wähler davonlaufen, greifen die Führer der SPD, wie die Herren Brandt und Kühn, zu skrupellosen Mitteln der Täuschung der Öffentlichkeit, der persönlichen Verunglimpfung des Gegners.

Die Außenpolitik der SPD/FDP-Koalition war bisher durch fortlaufende politische Konzessionen und Geldzahlungen an die östlichen Partner gekennzeichnet. Die eigenen deutschen Interessen wurden dabei vernachlässigt. Angesichts der von der Bundesregierung herbeigeführten politischen Aufwertung der DDR und der unveränderten gegnerischen Haltung der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland hat sich die Lage der Bundesrepublik in Teilbereichen der auswärtigen Beziehungen eindeutig verschlechtert.

JAHRESWIRTSCHAFTSBERICHT

Für die SPD/FDP ist die Zeit des Offenbarungseides gekommen

Entscheidend für die Beurteilung der Wirtschaftspolitik einer Bundesregierung ist die Antwort auf die Frage, wieweit sie die vier entscheidenden wirtschaftspolitischen Ziele erreicht hat: hoher Beschäftigungsstand, Preisstabilität, stetiges und angemessenes Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Hier kann man nur zusammenfassend sagen: Alles, was die Regierung erreichen oder erhalten wollte, hat sie verfehlt oder verloren; alles, was sie vermeiden wollte, hat sie erreicht. Dies stellte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Franz-Josef Strauß in der Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1975 der Bundesregierung im Bundestag fest.

Von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist mittlerweile jeder zehnte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik betroffen. Noch mehr Arbeitnehmer leben in der Sorge um ihre Arbeitsplätze. Unter einer Regierung, die versprochen hat, bei ihr gebe es weder Rezession noch Arbeitslosigkeit, erleben wir jetzt die schwerwiegendste Arbeitslosigkeit und gefährlichste Rezession seit der Währungsreform.

Die Bundesrepublik gehört heute zu den Industrieländern mit der größten Arbeitslosigkeit in Europa, nur noch vergleichbar mit Italien. Alle anderen Län-

der liegen nach dem gegenwärtigen Stand und nach dem voraussichtlichen Verlauf der Kurve günstiger.

Der Wirtschafts- und der Finanzminister beteiligen sich nach Kräften an den Versuchen, die Wirtschaftslage und die Gefahren zu verniedlichen und zu verharmlosen. So erklärte Herr Friderichs am 6. Juli 1974 gegenüber der „Münchener Abendzeitung“: „Wir gehen keinen schweren Zeiten entgegen“. Im August 1974 stellte die Bundesbank in ihrem Monatsbericht einen deutlichen Rückgang von Produktion und Nachfrage fest. Herr Friderichs im Deutschen Fernsehen am 12. August: „Die Wirtschaft steht nicht vor einer Talfahrt.“ Herr Apel assistierte mit der Bemerkung, die konjunkturelle Situation sei „alles in allem befriedigend“.

Damals hatten wir indessen in den günstigeren Beschäftigungsmonaten des Jahres schon 2 % Arbeitslose. Das heißt: die Arbeitslosenquote, die früher von Bundeskanzler Schmidt, als er noch Finanzminister war, als Grund zu schwersten innenpolitischen Verwerfungen gekennzeichnet war, eine Quote, die deshalb nie erreicht werden dürfe, die hätten wir schon in der Zeit, als Herr Apel sagte: „alles in allem befriedigend“.

Bundesminister Friderichs sagte am 26. August gemäß „Frankfurter Rundschau“, die Situation sei kein Anlaß zur Schwarzmalerei, und vor nervösen Propheten müsse gewarnt werden. Derselbe Bun-

desminister Friderichs am 12. September 1974: „Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenzahl ist allerdings unvermeidlich“. Am 16. September versprach Herr Friderichs laut ddp, die Zahl der Arbeitslosen werde auf keinen Fall über 800 000 steigen. Endlich Apel am 7. Oktober 1974: „Bei uns wird es keine Massenarbeitslosigkeit geben“.

Einen Tag später, am 21. Oktober 1974, bezeichneten die Wirtschaftsforschungsinstitute 1 Million Arbeitslose als Folge der bisherigen Inflationspolitik als möglich. Damals hieß es „Wahlhilfe für die CDU, Schwarzmalerei, Demagogie“. Herr Friderichs, schnell bei der Hand, am 22. Oktober in der „Bild-Zeitung“: „Eine Massenarbeitslosigkeit werden wir nicht zulassen. Das ist auch nicht zu befürchten.“

Schon am 27. Oktober hatte allerdings Herr Friderichs die Million nicht mehr ganz ausgeschlossen. Man baut vor als weiser Mann. Er sagte im Südwestfunk, wieder einmal verharmlosend, die Arbeitslosenzahl könne im Laufe des Winters irgendwann einmal vorübergehend in die Nähe von 1 Million rücken.

Zweifel am eigenen Können

Gegenüber der „Bild-Zeitung“ mußte er am 17. Januar zugeben: „Der Herbstaufschwung, mit dem wir im vorigen Sommer noch gerechnet hatten, ist ausgeblieben. Die Ausgangslage zu Beginn des Jahres ist also schlechter, als wir noch vor einigen Monaten angenommen hatten.“ Mittlerweile hat er selbst Zweifel an seiner eigenen prognostischen Fähigkeit. Er läßt zwar zu, daß das Bundespresseamt in Millionenauflage am 13. Februar 1975 eine Anzeige verbreitet: „Im Sommer werden wir über den Berg sein“. So das Bundespresseamt.

Auf die ihm gestellte Frage der „Bild-Zeitung“ vom 19. Februar sagt er: „Skeptiker rechnen mit einer echten Konjunkturbelebung frühestens im Herbst.“ — „Sie auch?“ — Er erwiderte: „Solche Aussagen sind Prophetie. Die Konjunkturbelebung muß dieses Jahr kommen, aber in welchem Monat, dafür gibt es heute noch zu wenig gesicherte Erkenntnisse.“

Wetterfrosch und Baldrian

Wenn man die Rolle der beiden für die Wirtschafts- und Finanzpolitik Verantwortlichen in ein plastisches Bild kleiden wollte, dann möchte ich sagen, daß sie abwechselnd den grünen Rock des Wetterfrosches und dann auch wieder den beruhigenden Cut des Grafen Baldrian zu tragen pflegen.

In der Konjunkturpolitik halten die wesentlichsten Zielwerte der Jahresprojektion 1975 einer Nachprüfung nicht stand: Die Steigerung des realen Wachstums auf 2 % ist eine politische Wunschvorstellung, aber keine begründbare Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Die SPD/FDP-Koalition hat ein Reformparadies mit höherer Lebensqualität versprochen. Das ist doch ein sozialistischer Irrgarten geworden, in dem sich keiner mehr zurechtfindet und die meisten Angst haben, wie die jüngsten Umfragen zeigen. Jetzt ist die Zeit des Offenbarungseides gekommen. In welchem Zustand hat die CDU/CSU Wirtschaft und Finanzen übergeben? Wie sehen sie heute aus? Von der Hoffnung zur Erwartung, vom Versprechen zur Forderung, von der Enttäuschung zur Empörung — das ist doch der Zustand, der durch die Entwicklung der materiellen Umstände und der psychologischen Verhältnisse eingetreten ist.

■ KOALITION

Ahlers ist für die SPD im Wahlkampf „ungeeignet“

Für denjenigen, der sich um die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kümmere, sei es „inzwischen interessanter geworden, die SED-Zeitung ‚Neues Deutschland‘ zu lesen als die Verlautbarungen der Bundesregierung“, meinte der ehemalige Regierungssprecher und heutige SPD-Bundestagsabgeordnete Conrad Ahlers im „Stern“. Der Rahmen dessen, was die Regierungssprecher zu wissen bekämen und sagen dürften, sei wesentlich enger als bei allen ihren Vorgängern. Ahlers wörtlich: „Helmut Schmidt freut sich sogar, wenn Bonner Journalisten darüber klagen, daß sie nicht genügend informiert werden.“ Je schlechter die Wahlen ausfielen, desto spärlicher würden die Informationen.

Sozialdemokraten scheinen auf die Kritik aus der eigenen vordersten Linie außerordentlich verärgert zu sein. Denn nach Ansicht der westpfälzischen SPD ist Ahlers wegen seiner Artikel im „Stern“ als Wahlredner „ungeeignet“. Der SPD-Unterbezirk Kaiserslautern hat deshalb Ahlers, der in dieser Woche auf einer sozialdemokratischen Wahlveranstaltung sprechen sollte, „abgestellt“.

Wahlkampf kein Klassenkampf

Zu der Behauptung des SPD-Vorsitzenden Brandt, bei einem Regierungswechsel würden die sozialen Spannungen in unserem Lande steigen, erklärte in einem „Bild“-Interview der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein Dr. Stoltenberg: „Unsinn. Die sozialen Spannungen

steigen wegen der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD/FDP-Regierung. Sie werden noch mehr steigen, wenn die Pläne von Bundeskanzler Schmidt, die Steuern zu erhöhen, Wirklichkeit werden. Diese Regierung ist am Ende. Wenn Brandt von Machtwechsel spricht, dann gerät er gefährlich nahe an das Wort von der Machtergreifung heran. Die CDU wird sich an solchen miserablen Diffamierungen nicht beteiligen. Der Wahlkampf darf nicht in Klassenkampf ausarten.“

Gemeint war diesmal Vogel

Die jüngste Aufforderung Wehners an „konservative Kräfte“, nicht Sozialisten und Kommunisten gemeinsam als Marxisten zu „diffamieren“, gait diesmal offensichtlich nicht der Opposition, sondern dem sogenannten „Lahnsteiner Kreis“ der SPD, der sich unter der Führung von Bundesjustizminister Vogel und unter dem Mentorat von Professor Richard Löwenthal gegen die Linken in der SPD gebildet hat. Wehner befürchtet, daß der „Lahnsteiner Kreis“ auf Initiative des Bundeskanzlers entstanden ist, um ihm eine Hausmacht gegenüber der linken Parteitagsmehrheit zu schaffen.

Eltern protestieren gegen „Drucksachen“

Gegen die Zulassung des Lesewerks „Drucksachen“ aus dem Düsseldorfer Pro-Schule-Verlag für die Jahrgänge fünf bis zehn des Gymnasiums hat die Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen mit Nachdruck in einem Schreiben an NRW-Kultusminister Girgensohn protestiert. Dem Schüler würden vorwiegend negative Sachverhalte vorgeführt und positive Seiten

der Wirklichkeit weitgehend ausgelassen. So würden in den Texten, die sich mit der Lehrlingsausbildung befaßen, die Ausbilder ständig diffamiert. Gleichmaßen die Darstellung von Schule, Lehrern und den Beziehungen innerhalb der Familie fast nur negativ.

SPD läßt Radikale in den öffentlichen Dienst

Als einen „erneuten Skandal“ und „schweren Bruch der Ministerpräsidenten-Vereinbarung über die Abwehr Radikaler vom öffentlichen Dienst“ hat die CDU-Fraktion im hessischen Landtag die Übernahme einer an einer Hünfelder Schule wirkenden Referendarin in den hessischen Schuldienst bezeichnet. Die CDU weist darauf hin, daß die bayerische Landesregierung diese linksradikale Referendarin wegen erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken als Lehrerin abgelehnt habe. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof habe die Ablehnung bestätigt. Die hessische SPD/FDP-Regierung sei dagegen zum wiederholten Male bereit, radikale Lehrkräfte aufzunehmen, die in anderen Ländern wegen Einhaltung des Beamtengesetzes, das „jederzeit ein aktives Eintreten für die freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie“ verlange, zurückgewiesen worden seien.

SPD/FDP verharmlost Arbeitslosigkeit

Die Beschönigungstaktik der SPD/FDP macht nicht einmal vor der Arbeitslosigkeit halt. Nach der bereits in UfD Nr. 8 auf Seite 9 gemeldeten zynischen Bemerkung eines SPD-Politikers über die Arbeitslosen verstieg sich der stellvertretende Ministerpräsident und hessische Wirtschaftsminister Karry (FDP) zu

der Behauptung, die Betriebe könnten die gegenwärtige Wirtschaftssituation als „Entschlackungskur“ nutzen. Angesichts der Arbeitsmarktsituation sei dies eine Verhöhnung und Provokation der Arbeitslosen und ihrer Familien, erklärte der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Trageser. Die „Entschlackung“, d. h. unter anderem die Entlastung sei für Tausende von Arbeitnehmern in Hessen eine Existenzfrage. Im übrigen habe die Landesregierung noch im vergangenen Jahr, die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit verharmlost und erklärt, es gebe „keinen Anlaß für eine kritische Entwicklung“ und der Rückgang der Ausbildungsplätze sei eine „durch Verunsicherung zeitweise entstandene Verknappung“.

Nun auch Bündnis mit Maoisten

Der neue Allgemeine Studentenausschuß der Universität Göttingen ist aus der Juso-Hochschulgruppe und dem maoistischen Kommunistischen Studentenbund (KSB) gebildet worden. Gedacht als stärker an die SPD gebundene Organisation — nachdem der SHB ins Fahrwasser der DKP abgeschwommen ist — zeigt sich nun, daß die vom SPD-Vorstand offiziell genehmigten Hochschulgruppen zunehmend mit chaotischen Terror-Kommunisten zusammenarbeiten. Eine nach Mandaten viel stärkere Koalition mit den Demokraten — der RCDS errang 20 Sitze — liegt offenbar außerhalb der Denkmöglichkeiten dieser SPD-Nachwuchsgruppe, dagegen das Bündnis mit den Antidemokraten als notwendig.

■ FRAUENVEREINIGUNG

Wichtige Zukunftsaufgaben: Partnerrente und Erziehungsgeld

Der 9. Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung der CDU vom 21. bis 23. 2. 1975 in Dortmund war ein Delegiertentag der Diskussion. Im Mittelpunkt stand das zu verabschiedende Grundsatz- und Aktionsprogramm. 255 Anträge lagen allein hierzu vor, weitere 19, sowie zahlreiche Initiativanträge, gestellt auf dem Delegiertentag selbst, befaßten sich mit aktuellen politischen Problemen.

In Sorge wegen der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit, von der in besonderem Maße Mädchen betroffen sind, forderten die Delegierten in einer Resolution von der Bundesregierung langfristig wirkende Sofortmaßnahmen wie z. B.

- Berufsfindungslehrgänge
- Kurse zum Nachholen von fehlenden Schulabschlüssen
- verstärktes Angebot für ein freiwilliges 10. Schuljahr
- verstärkte Förderung der betrieblichen und überbetrieblichen Berufsausbildungseinrichtungen
- gezielter Einsatz von Mitteln aus dem Konjunkturprogramm zur Vermehrung der Ausbildungsplätze.

Auch Dr. Julia Dingwort-Nusseck, Chef des Programmbereichs Politik im WDR-Fernsehen, befaßte sich mit aktuellen Wirtschaftsfragen in ihrem Referat zum Thema: „Frau und Wirtschaft“. Die sich

anbahnenden weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Strukturwandlungen, so führte sie aus, werden vor allem die Frauen belasten und damit herausfordern.

Es war der größte Delegiertentag seit Bestehen der Frauenvereinigung und seit Bestehen der CDU. 193 Delegierte repräsentierten 93 145 Frauen in der CDU. Beim letzten Delegiertentag 1973 hatte die Frauenvereinigung erst 66 532 Mitglieder, die von 144 Delegierten vertreten wurden. Kein Wunder also, daß es im Echo auf den Delegiertentag hieß, Kanzlerkandidat der Unionsparteien könne nur werden, wer auf die Stimmen der Frauen in der CDU zählen kann.

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl ging innerhalb seiner Rede zu den aktuellen politischen Themen ganz besonders auf die Situation der Frau in Familie und Gesellschaft ein. Helmut Kohl formuliert es so: „Unser Leitbild ist die selbstständige, die selbstbewußte Frau.“ Während die SPD immer noch in „Frauenpolitik denke, seien gesellschaftspolitische und soziale Fragen der Frau Probleme, mit denen sich die gesamte CDU beschäftige und die „auf dem nächsten Parteitag der CDU ausgiebig erörtert“ würden.

In ihrem Rechenschaftsbericht führte Helga Wex zu dem verabschiedeten Grundsatzprogramm aus: „Im Mittelpunkt steht die verantwortete Wahlfreiheit, die sich auf Partnerschaft gründet.

Wir sind der Auffassung, daß diese Partnerschaft in den verschiedenen Lebensbereichen — eingepaßt in den ordnungspolitischen Rahmen unserer Partei — verwirklicht werden muß. Darum streben wir

- Partnerschaft in Bildung und Erziehung
- Partnerschaft im Beruf
- Partnerschaft in der Familie
- Partnerschaft im öffentlichen Leben an.“

Mehr Gerechtigkeit

Zu den wichtigsten Forderungen gehört die eigenständige soziale Sicherung der Frau durch den Vorschlag der „Partnerrente“, die bestehende Rentenansprüche gerechter als bisher auf Mann und Frau verteilt und Zeiten der Kindererziehung in der Rentenberechnung anerkennen soll. Damit ist erstmals der Normalfall als Ansatzpunkt genommen. Erziehungsgeld für Mann und Frau, sofern sie sich überwiegend um die Erziehung ihrer Kinder kümmern und auf nennenswerte Berufstätigkeit verzichten, sowie der Grundsatz, daß das Einkommen eines oder beider Ehepartner Familieneinkommen ist, über dessen Verbrauch beide Ehepartner einvernehmlich entscheiden und aus dem beiden ein angemessener Betrag für eigene Bedürfnisse zur Verfügung steht, sollen die Partnerschaft weiter ausbauen helfen.

Die Verlängerung des Mutterschutzes, die Schaffung eines größeren und qualifizierteren Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, die flexiblere Gestaltung von Öffnungszeiten bei Behörden, Läden und Kindergärten dient dem Ziel, zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienpflichten beizutragen.

Die Benachteiligung der Frau im Beruf soll durch Abschaffung der Leichtlohngruppen, durch gerechtere Arbeitsplatzbewertung und bessere Bildung und Ausbildung der Mädchen abgebaut werden. Um diese Entwicklung voranzutreiben, werden die Parlamente aufgefordert, von der Verwaltung als dem Arbeitgeber mit Vorbildfunktion eine regelmäßige Berichterstattung über die berufliche Situation der Frau in den Behörden zu verlangen.

Auch den Delegierten war klar, daß die wirtschaftliche Lage dieses alles erheblich erschwert. Doch sie sahen ihre Aufgabe darin, mit ihrem Programm die Tagespolitik in ein mittel- und langfristiges Konzept einzupassen. Der schwierigere Teil, die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten, liegt noch vor ihnen. Doch „Konzepte für die Zukunft sind Voraussetzung für eine richtige Entscheidung des Tages. Wer vom Ziel nichts weiß, kann den Weg nicht finden“ sagte die mit überwältigender Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende Dr. Helga Wex MdB. Ebenfalls in ihrem Amt bestätigt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden Irma Blohm und Liselotte Pieser MdB.

Vorstands-Neulinge

Neu in den Vorstand gewählt wurden die stellvertretende Bundesgeschäftsführerin der CDU, Dr. Dorothee Wilms, sowie Dr. Hanna-Renate Laurien, Ingeborg Förster MdB, Agnes Hürland MdB, Marlene Lenz. Wiedergewählt wurden: Ursula Benedix MdB, Dr. Monika Christians, Dr. Paula Riede MdB, Annemarie Schuster MdL, Maria Stommel MdB, Christiane Uhlhorn MdL, Roswitha Verhülsdonk MdB.

■ JUSOS

Denkschrift beweist starken Einfluß in der SPD

Führende Sozialdemokraten haben in der Denkschrift „Godesberg und die Gegenwart“ in äußerst scharfer Form die Jungsozialisten angegriffen. Sie bezeichnen den Einfluß des extremen marxistischen Denkens auf die Wahlschancen der Partei als „erschreckend“. Durch die Unduldsamkeit und Feindseligkeit seien in vielen Ortsvereinen viele früher aktive Mitglieder in die Resignation getrieben worden. Die Denkschrift, über die unter anderem Justizminister Vogel und Staatssekretär Ruhnau mitberaten haben, soll dem Bundesvorstand der Sozialdemokratischen Partei übergeben werden.

Nachfolgend einige Wort-/Auszüge aus der Denkschrift: „Jedenfalls repräsentieren weite aktive Teile der Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaft eine orthodox-marxistische Subkultur, die sich in der Sozialdemokratischen Partei festgesetzt hat, um hier nach dem Scheitern der APO von 1968 eine Operationsbasis zu finden und zugleich die Sozialdemokratie so weit wie möglich in den Sog dieser Subkultur zu ziehen oder mindestens Teile der Partei zugunsten einer neomarxistischen Haltung zu neutralisieren.“

„Die theoretischen Differenzen innerhalb der Jungsozialistenführung sind durchaus ernst zu nehmen. Dennoch ist die bisherige Mehrheitsrichtung der

Jungsozialisten trotz ihrer grundsätzlichen Einwände gegen den Leninismus nicht bereit, einen praktischen organisatorischen und politischen Trennungsstrich gegenüber Stamokap zu ziehen. Noch immer besteht Zusammenarbeit; noch immer stellt man sich schützend und entschuldigend vor Stamokap-Anhänger, wenn die Partei Konsequenzen ziehen will; noch immer ist der Abstand zur Mehrheit der Partei größer als die Differenzen untereinander. Solange jedoch der Flügel Voigt-Strasser-Wieczorek nicht bereit ist, auf die Stamokap-Hilfstruppen bei ihrem Versuch, die Partei zu erobern, zu verzichten, muß die Loyalität dieses Flügels gegenüber der Gesamtpartei angezweifelt werden.“

Die UNION BETRIEBS GmbH ist als statutenmäßige Institution der CDU mit der Wahrnehmung aller verlegerischen Belange zur Unterstützung der Parteiarbeit betraut.

Zur Zeit bemühen sich Außendienstbevollmächtigte des Verlages darum, die Verlagserzeugnisse

*„Das Wirtschaftsbild“
„Deutschland Union Dienst“
„Europa Silber Prägung“*

im Bereich von Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe zum Abonnement, bzw. zum Kauf anzubieten.

Der Erlös aus dieser Tätigkeit kommt der politischen Arbeit der CDU zugute.

Die Vertriebswerbung ist so angelegt, daß kein Spenderpotential verlorenght.

Die Repräsentanten sind mit einer Legitimationskarte der UNION BETRIEBS GmbH ausgestattet. Der Verlag bittet Sie, die Arbeit der Außendienstbevollmächtigten zu unterstützen.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot:



Willkommen- Schecks

CDU Mitglieder-Dienst

Heute stellen wir Ihnen das neu entwickelte Willkommen-Scheckheft vor, das in folgenden Punkten gegenüber dem bisherigen Scheckheft geändert worden ist:

1. Wir haben das Format verkleinert, um zu einem günstigeren Preis zu kommen. Das neue Scheckheft kostet nur noch —,29 DM.
2. Die einzelnen Schecks sind nicht nummeriert und stecken in einer Hülle. Damit besteht die Möglichkeit, daß der Kreisverband die Schecks, mit denen er

nicht arbeiten möchte, aus dem Scheckheft herausnehmen kann.

Dieses verbesserte und verbilligte Angebot sollte auch die Kreisverbände, die bisher noch nicht mit dem Scheckheft gearbeitet haben, dazu bringen, nunmehr auch ihren neuen Mitgliedern die Informationsmöglichkeit, die das Scheckheft bietet, zu gewähren.

Mindestbestellmenge: 50 Exemplare

Preis: —,29 DM pro Exemplar

Best.-Nr. 0316

Für die Landesverbände, in denen z. Z. Landtagswahlkämpfe stattfinden oder unmittelbar bevorstehen, haben wir noch einmal das Material zusammengestellt, das insbesondere bei Veranstaltungen mit Bundesrednern verwendet werden kann.

Personalprospekte

Best.- Nr.	Titel	Mindest- abnahme	Preis DM
163	Personalprospekt Helmut Kohl	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
164	Personalprospekt Gerhard Stoltenberg	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
165	Personalprospekt Heinrich Köppler	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
166	Personalprospekt Hans Filbinger	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
167	Personalprospekt Hans Katzer	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
168	Personalprospekt Helga Wex	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
169	Personalprospekt Prof. Biedenkopf	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
170	Personalprospekt Walther Leisler Kiep	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
171	Personalprospekt Prof. Dr. Ludwig Erhard	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
172	Personalprospekt Kurt Georg Kiesinger	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
173	Personalprospekt Kai-Uwe von Hassel	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.
174	Personalprospekt Prof. Karl Carstens	250 Expl.	5,80 pro 100 Expl.

Rednerankündigungsplakate

317	Vierfarbplakat Kohl, DIN A 0	50 Expl.	77,00 pro 100 Expl.
308	Vierfarbplakat Kohl, DIN A 1	50 Expl.	45,00 pro 100 Expl.
271	Vierfarbplakat Carstens, DIN A 0	50 Expl.	77,00 pro 100 Expl.
287	Vierfarbplakat Carstens, DIN A 1	50 Expl.	45,00 pro 100 Expl.
272	Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 0	50 Expl.	77,00 pro 100 Expl.
288	Vierfarbplakat Biedenkopf, DIN A 1	50 Expl.	45,00 pro 100 Expl.

Rahmenplakate

8000	Rahmenplakat DIN A 0	50 Expl.	40,00 pro 100 Expl.
8001	Rahmenplakat DIN A 1	50 Expl.	30,00 pro 100 Expl.
8002	Rahmenplakat DIN A 2	50 Expl.	20,00 pro 100 Expl.

DIN A 0 = 84,1 cm × 118,9 cm

DIN A 1 = 59,4 cm × 84,1 cm

DIN A 2 = 42 cm × 59,4 cm

Bestellungen an das IS-Versandzentrum in 483 Gütersloh 1, Postfach 6666. Telex 933 753 ISERV d. Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zzgl. Mehrwertsteuer und Versandkosten.

ZITAT

Nürnberger Trichter

Noch bis vor kurzem war die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg das reichste Institut seiner Art in der Welt, wegen der gefüllten Kassen und solider Rücklagen bewundert und beneidet. Diese Zeiten sind dahin, und ob sie einmal wiederkehren werden, ist mehr als fraglich.

Die Bundesanstalt ist zu einem Nürnberger Trichter geworden, in den der ohnehin tief verschuldete Bund die Milliarden schüttert — fünf wahrscheinlich allein in diesem Jahr. Allerdings wäre es ungerecht, den Nürnbergern deshalb Mißwirtschaft vorzuwerfen, denn die Lawine von Arbeitslosen und Kurzarbeitern hat jede Kalkulation überrollt.

Dennoch mutet es seltsam an, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Nürnberger Anstalt die Entwicklung ziemlich gelassen beobachten: In Bonn hat man sich fast schon daran gewöhnt, Geld nach Nürnberg zu überweisen, und dort wiederum beruft man sich auf das Gesetz, das den Bund verpflichtet, Kredite und Zuschüsse zu geben, damit die berechtigten Ansprüche jedes Arbeitslosen erfüllt werden können.

Auf Dauer kann das nicht gut gehen, und es wird mit Sicherheit schlecht gehen, wenn sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht in absehbarer Zeit verbessert. Was tun? Diese Frage ist vor allem an die Bundesregierung zu richten, die nicht immerzu hier ein Loch aufreißen kann, um dort ein anderes zu stopfen.

Vor allem darf die Regierung in Bonn nicht weiterhin so tun, als seien 1,25 Millionen Arbeitslose eine gottgegebene Sache, die

Anschrift:

achselzuckend hinzunehmen wäre. Zwar ist es verständlich, daß den Sozial-Liberalen angesichts entscheidender Landtagswahlen die Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt nicht ins Konzept paßt, aber eine weitere systematische Verniedlichung wäre unverantwortlich — nicht zuletzt gegenüber denen, die unmittelbar betroffen sind und auf der Straße liegen.

Was tun also? Möglicherweise wird die Bundesregierung den Mut aufbringen müssen, das Gesetz zu ändern und den Pflichtbeitrag zur Arbeitslosenversicherung — derzeit zwei Prozent — anzuheben. Das wäre eine schwere, weil unpopuläre Entscheidung ausgerechnet in einer Zeit, in der die Sozial-Liberalen ohnedies von der Wählergunst nicht verwöhnt werden.

Doch man darf die Einsicht und die Solidarität der Arbeitnehmer nicht unterschätzen. Viele sind durchaus bereit, für den nicht mehr unmöglich gewordenen Fall der Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft bessere Vorsorge zu treffen, und wahrscheinlich hält es mancher gerade heute nicht für unzumutbar, für den arbeitslos gewordenen Kollegen und Nachbarn etwas mehr auf den Tisch der Nürnberger Anstalt zu legen.

Kölnische Rundschau, 19. 2. 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 5441. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId